Die Krise, die nicht vergehen will

Madagaskar in der Sackgasse

MARCUS SCHNEIDER
August 2013

- Nach der umstrittenen Entscheidung des Wahlgerichtshofs über die Zulassung dreier kontroverser Kandidat_innen sind die Präsidentschaftswahlen im Inselstaat auf unbestimmte Zeit verschoben.
- Der *Transition* genannte politische Ausnahmezustand mit seinen sozial und ökonomisch katastrophalen Konsequenzen für die Bevölkerung droht sich damit zu verlängern. Der Wahlprozess befindet sich gegenwärtig in einer Sackgasse.
- Statt einer Rückkehr zu Demokratie und Rechtstaatlichkeit driftet Madagaskar in Richtung Staatszerfall. Die Konfrontation mit der internationalen Gemeinschaft und der fortschreitende Legitimitätsverfall des Transitionsregimes könnten ein gefährliches Machtvakuum zur Folge haben.

»Es sah alles so hoffnungsvoll aus«, jammert der britische *Economist*.[1] In der Tat hat sich der blasse Silberstreif am Horizont wieder einmal verflüchtigt. Die Präsidentschaftswahlen, ursprünglich auf den 24. Juli 2013 terminiert, sind auf unbestimmte Zeit verschoben. Damit rückt das Ende der nun seit viereinhalb Jahren schwelenden politischen Krise in weite Ferne. Madagaskar befindet sich in einer Sackgasse, und es ist zu befürchten, dass das Land dort steckenbleibt.

Hoffnungsvoller Weg Richtung Wahlen?

Dabei schien die jüngste Krise in der Krise vermeidbar. Seit dem Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Marc Ravalomanana Anfang 2009 und den darauffolgenden Sanktionen seitens der Gebergemeinschaft hat das Land einen weiten Weg zurückgelegt. Mitte 2011 wurde unter Vermittlung der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) die *feuille de route* als Fahrplan aus der Krise unterschrieben. Alle wesentlichen politischen Kräfte wurden in eine Regierung der Nationalen Einheit eingebunden, um die Rückkehr zur verfassungskonformen Ordnung möglichst inklusiv zu gestalten. Am Ende des Fahrplans sollten Wahlen auf allen Staatsebenen stattfinden. Die Präsidentschaftswahlen am 24. Juli 2013 sollten den Anfang markieren. Neben den technischen Voraussetzungen schien durch die Vermittlung Frankreichs und der SADC auch politisch alles auf dem richtigen Weg. Expräsident Ravalomanana und sein führend am Putsch beteiligter Nachfolger, Transitionschef Andry Rajoelina, einigten sich zur Jahreswende darauf, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. Dies sollte dem Land personell einen Neuanfang gestatten.

Rechtliche Anarchie

Der Weg zurück zur Demokratie scheiterte am 3. Mai 2013 bis auf Weiteres. An diesem Tag fällte der Besondere Wahlgerichtshof CES in einer Anwandlung von Selbstermächtigung die folgenschwere Entscheidung, sich über geltendes Recht hinwegzusetzen. Mindestens drei prominente Kandidat_innen wurden zur Wahl zugelassen, obwohl sie die im Wahlgesetz vorgeschriebenen Kriterien eindeutig nicht erfüllten. Altpräsident Didier Ratsiraka und Lalao Ravalomanana, die Ehefrau des in Südafrika exilierten Marc Ravalomanana, konnten keine sechs Monate Residenzpflicht vorweisen. Den Höhepunkt der CES-Entscheidung markierte jedoch die Zulassung des Transitionspräsidenten Rajoelina, obwohl dieser die eigene Kandidatur erst nach Ablauf der Frist einreichte. Derselbe Rajoelina hatte sich noch einen Tag zuvor darüber mokiert, dass Madagaskar mit fast 50 Kandidat_innen (schlussendlich wurden 41 zugelassen) einen Weltrekord aufstelle, und sich selbst dafür gelobt, zum Wohle der Nation verzichtet zu haben. 24 Stunden später hatte er es sich augenscheinlich anders überlegt.

Die Chuzpe des Transitionspräsidenten macht auch langjährige Beobachter_innen sprachlos. Begriffe wie Ehrlichkeit, Moral und Worthalten scheinen aus einer anderen Welt zu stammen, was Rajoelina freilich nicht daran hindert, sich mit den De Gaulles und Mandelas dieser Welt auf eine Stufe zu stellen.[2] Seine neueste Volte, die Freund und Feind gleichermaßen überraschte, steht exemplarisch für den beklagten moralischen Bankrott der politischen Klasse. Trotz pathostriefender Bekundungen ist kaum einer bereit, seine persönlichen Pfründe dem schwindenden Allgemeinwohl zu opfern. Auch Marc Ravalomanana, Rajoelinas großer Gegenspieler, hat mit der Kandidatur seiner politisch bisher unscheinbaren Frau den Geist der Vereinbarung zum Rückzug der eigenen Kandidatur unterlaufen.

Zusammen mit der Kandidatur des Altdiktators Didier Ratsirakas ergibt sich das klare Bild von Spitzenpolitikern, die nicht in der Lage sind, loszulassen. Jeder hält sich für unersetzbar. Nachvollziehbar wird dies, wenn man politische Parteien in Madagaskar nicht als Vertreter kollektiver Interessenkonstellationen oder gar Weltanschauungen versteht, sondern als Unternehmungen zur Akkumulation privaten Reichtums. Diese lassen sich nur schwer außerhalb der eigenen Familien »vererben« – schon gar nicht auf demokratischem Wege. Wenn jedoch eine demokratische *Alternance* schon auf Parteiebene nicht möglich ist, dann wird auch begreifbar, warum dies auf der Ebene des Staates regelmäßig scheitert.

1. The Economist: They just won't give up, 22. Juni 2013.

2. Radio France Internationale: Andry Rajoelina: »Je me sacrifie pour les 22 millions de Malgaches«, 17. Januar 2013.

Frustration innerhalb der internationalen Gemeinschaft

Innerhalb der internationalen Gemeinschaft sorgte die Entscheidung des Wahlgerichtshofs für Frustration. Angesichts der wiederkehrenden Regelverstöße fragen sich führende internationale Vertreter_innen zu Recht, wie wahrscheinlich unter diesen Umständen die Abhaltung von freien und fairen Wahlen ist. Die Reaktion seitens der SADC und der Afrikanischen Union (AU) fiel dementsprechend harsch aus: Die afrikanischen Organisationen weigern sich, eine Wahl mit den drei Kandidat_innen als legitim anzuerkennen und fordern ultimativ ihren Rückzug. Am 26. Juni 2013 schlossen sich in Addis Abeba die Mitglieder der Internationalen Kontaktgruppe für Madagaskar (GIC-M) dieser Position an. Damit ist der Wahlprozess derzeit gestoppt, da die drei umstrittenen Kandidat_innen keine Bereitschaft zum Einlenken haben erkennen lassen. Ohne die notwendige finanzielle Unterstützung, die EU, Schweiz und Norwegen bereitstellen, ist an ordnungsgemäß durchgeführte Wahlen nicht zu denken.

Obgleich nachvollziehbar, stellt sich die Frage, wie dienlich die Reaktion der Internationalen Gemeinschaft wirklich ist. Das vorläufige Scheitern der Krisenlösung ist auch das Scheitern der internationalen Vermittler_innen. Es führt kein Weg daran vorbei, anzuerkennen, dass die 2009 auf die Schnelle entworfene Sanktionspolitik ihre beabsichtigte Wirkung verfehlt hat. Das Einfrieren eines Großteils der Entwicklungsgelder wurde von der Weltbank ursprünglich für den Zeitraum von vier bis fünf Monaten konzipiert. Mittlerweile stranguliert sie die Wirtschaft der Inselrepublik schon seit viereinhalb Jahren. Die Einnahmen des madagassischen Staates befinden sich gegenwärtig auf dem Niveau von nur 50 Prozent gegenüber dem Vorkrisenzeitraum. Hauptleidtragend ist nicht die politische Klasse, sondern die Bevölkerung. Über 350 000 Arbeitsplätze im formellen Sektor sind seit 2009 verloren gegangen, fast 100 000 davon allein in der einstmals florierenden Textilindustrie, die durch den Abbruch des AGOA[3]-Abkommens mit den USA ihres Hauptabsatzmarktes beraubt wurde. Das Vorbeischleusen der wenigen Restmittel am Staatsapparat unterminiert diesen zudem kontinuierlich. Künftige Regierungen werden mit dem Erbe einer verwahrlosten Bürokratie und mit Parallelstrukturen zu kämpfen haben.

3. African Growth and Opportunity Act.

Die Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der internationalen wie nationalen Privatwirtschaft sind gleichsam verheerend. Seit 2009 lag das Wirtschaftswachstum in jedem Jahr unter dem Bevölkerungswachstum. Die Einkommen der Madagassen sind also kontinuierlich geschrumpft.

Auch die Entscheidung für die SADC als Vermittler in der Krise gehört auf den Prüfstand. Trotz ihres *Liaison Office* im Land ist die Entwicklungsgemeinschaft nach Einschätzung vieler Beobachter_innen viel zu wenig präsent, um glaubwürdig auftreten zu können. Hinzu kommt, dass Madagaskars Mitgliedschaft in der Regionalorganisation im Land selbst immer umstritten blieb. Weniger die Entwicklungsperspektiven des Landes als vielmehr die Geschäftsinteressen Marc Ravalomananas waren 2005 die treibende Kraft hinter dem SADC-Beitritt Madagaskars. Seinem ganzen Selbstverständnis nach sieht sich Madagaskar nicht als afrikanischer Staat. Die Verbindungen zwischen dem Kontinent und der *Grande Ile* sind auf allen Ebenen gering. Madagaskar ist historisch, ethnisch, politisch, sprachlich, ökonomisch wie kulturell vom Festland isoliert. Die Vermittlerfunktion der SADC muss darunter naturgemäß leiden.

Wahlen als einziger Ausweg aus der Krise

Die derzeitige Lage ist nicht anders als als Sackgasse zu bezeichnen. Die Internationale Gemeinschaft könnte ihr Blatt mit ihrer harten Haltung überreizt haben. Außer gezielten Sanktionen gegen die *spoiler* des Wahlprozesses, wie sie jetzt in die Wege geleitet werden, bleiben ihr kaum noch Druckmittel um den Rückzug der drei Kandidat_innen zu erzwingen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass trotz aller Einigkeitsrhetorik bereits erste Absatzbewegungen von der harten Haltung der SADC zu erkennen sind. So erklärte der amerikanische *Chargé d'Affaires* jüngst, dass Washington für »offene Wahlen« sei und sich vorbehalte, auch einen Wahlsieger, der aus einer Abstimmung zwischen allen 41 Kandidat_innen hervorgehe, anzuerkennen.[4] Den Amerikanern ist offenbar bewusst, dass Madagaskar eine politisch tragfähige Lösung braucht. So wünschenswert ein personeller Neuanfang wäre, so gefährlich für die künftige Legitimität einer Regierung wäre doch der erzwungene Ausschluss

4. L'Info: Les Etats-Unis pour une élection ouverte à Madagascar, 4. Juli 2013.

der beiden einflussreichsten politischen Lager. Nicht die internationale Gemeinschaft, sondern nur die madagassischen Wähler_innen können die Hauptkrisenprotagonisten ihrer Macht berauben. Inklusive Wahlen könnten also ein Ausweg aus der Krise sein.

Der Irrweg in eine neuerliche Transition

Der Weg zu inklusiven Wahlen und ihre Durchführung sind allerdings von Unwägbarkeiten gepflastert. Selbst wenn man von der augenblicklich zugegebenermaßen unwahrscheinlichen Entwicklung ausgeht, dass die internationale Gemeinschaft einer Wahl inklusive der drei umstrittenen Kandidat_innen zustimmt, mangelt es doch weiter an einem madagassischen Konsens, der Wahlen als Ausweg aus der Krise begreift. Die neuerliche Offensive des Kirchenbundes FFKM, jener Institution, die sich Anfang der 1990er Jahre Verdienste um den Übergang von der sozialistischen Ratsiraka-Diktatur zur Demokratie erwarb, zielt ganz offen auf eine Verlängerung der Transition. Die Argumentation, deren größte Fürsprecher die beiden Altpräsidenten Didier Ratsiraka und Albert Zafy sind, besagt, dass der Zeitpunkt für Wahlen noch nicht gekommen sei. Die unzureichende nationale Versöhnung, eine neue Verfassung, ein föderalistisches System gar sind Punkte, die zur Sprache gebracht werden, um eine Hinauszögerung der Wahlen um weitere sechs Monate bis zwei Jahre zu erzwingen. Weshalb es denselben Protagonisten, die in den vergangenen vier Jahren daran gescheitert sind, eine Krisenlösung zu finden, diesmal gelingen sollte, erschließt sich dem Beobachter nur schwer.

Der Drang nach einer neuerlichen Transition erklärt sich denn auch eher mit dem Interesse an der Verlängerung des *Status quo*. Beträchtliche Teile des politischen Establishments haben sich im Transitionsprozess gut eingerichtet. Das seit 2011 bestehende Arrangement im Rahmen der *feuille de route* hat auch die ehemalige Opposition in den Machtapparat integriert und mit hochdotierten Posten in einer der zahlreichen Transitionsinstitutionen versorgt. Da es keinen Favoriten bei den anstehenden Wahlen gibt, ist für viele das Risiko, am Ende mit leeren Händen dazustehen, beträchtlich. Gerade den Vertreter_innen der zahllosen Kleinstgruppierungen, die allesamt ihren Stern am politischen Himmel beanspruchen, droht der unliebsame Sturz in die politische Irrelevanz.

Insbesondere die beiden Altpräsidenten Ratsiraka und Zafy haben Interesse an der Verlängerung der Transition ad infinitum. Beide stehen am Abschluss ihres politischen Lebens. Ein durch Volkswahl legitimierter Präsident bedeutet das Ende ihres politischen Einflusses. Auch Transitionschef Rajoelina müsste freien Wahlen mit großer Sorge entgegenblicken. Die soziale und ökonomische Lage präsentiert sich dermaßen katastrophal, dass an eine Wiederwahl unter fairen Umständen nicht zu denken ist. Hinzu kommt, dass ihm die Bundesgenossen abhandenkommen. Alte Weggefährten, die ihn seit 2009 unterstützt haben, wenden sich in Scharen ab. Schwerer noch wiegt der Liebesentzug durch Frankreich. Die gezielten Sanktionen, mit denen Paris nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur vorpreschte, haben Beobachter_innen überrascht. Zu lange galt Rajoelina als der Mann Frankreichs, das 2009 eine unrühmliche Rolle bei der Unterstützung der Putschisten spielte. Die Plötzlichkeit, mit der er nun in Ungnade gefallen ist, hängt nicht zuletzt mit der persönlichen Kränkung des französischen Außenministers zusammen. Es war Laurent Fabius, der zusammen mit seinem tansanischen Kollegen den ursprünglichen Verzicht des Transitionschefs auf eine Kandidatur aushandelte. Von den vier Großen erscheint Marc Ravalomanana als der Einzige, dem verstärktes Interesse an regulären Wahlen zu unterstellen ist. Seine Position im südafrikanischen Exil bleibt prekär. Nur durch eine Rückkehr, die erst nach den Wahlen möglich wäre, könnte er seinen vollen politischen und ökonomischen Einfluss zurückgewinnen.

Unwägbarkeiten des Wahlprozesses

Sollte es trotz der großen Widerstände doch zur Abhaltung von Wahlen kommen, warten die nächsten Risiken. Ohne finanzielle Unterstützung der Gebergemeinschaft wären diese kaum durchzuführen. Allein schon der Druck von mehr als neun Millionen Wahlzetteln ist eine Herausforderung. 22 000 Wahlbüros müssen in einem Land, das größer als Frankreich ist und über eine erbarmungswürdige Infrastruktur verfügt, betrieben werden. Der Auszählungsprozess wird sich über Wochen hinziehen. 30 Prozent der Wähler_innen sind Analphabeten. Hinzu kommt die Gefahr, dass Wahlkampf und Wahl erheblichen Manipulationen unterliegen. Selbst wenn es nicht zu einem Präsidialwahlkampf des Transitionschefs kommen sollte, der bereits heute den staatlichen

Rundfunk in seine persönliche Propagandamaschinerie umgewandelt hat, steht zu befürchten, dass nach dem ersten Wahlgang das Chaos ausbräche. So müssen die Ergebnisse von jenem famosen Wahlgerichtshof CES zertifiziert werden, der als komplett desavouiert dasteht. Bei 41 Kandidat_innen reichen womöglich schon zwölf bis 15 Prozent, um als einer der beiden Erstplatzierten in die Stichwahl einzuziehen. Zehntelprozentpunkte könnten hier den Ausschlag geben. Fraglich ist, ob derartige Resultate von allen Wahlkämpfer_innen anerkannt würden. Wie schon 2001/02 droht die Lage nach einem umstrittenen ersten Wahlgang zu eskalieren.

Historisch gesehen sind postelektorale Krisen in Madagaskar eher die Regel denn die Ausnahme. Schon die Präsidenten Philibert Tsiranana, Didier Ratsiraka und Marc Ravalomanana haben sich nach erfolgreich bestandenen – freilich nur selten demokratischen Standards genügenden – Voten mit dem Druck der Straße konfrontiert gesehen. Wichtiger als der Urnengang war die Kontrolle über den *Place du 13 Mai* im Zentrum der Hauptstadt. Wie ein roter Faden zieht sich die politische Instabilität durch die Geschichte Madagaskars seit der Unabhängigkeit. Einzig die Präsidentschaftswahlen 1996 führten zu einem knappen, aber relativ breit und damit als legitim akzeptierten Resultat. Die Wahlen 2001 endeten dagegen in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. 2006 wiederum waren die Wahlen zwar weitgehend frei von Manipulationen, als fair konnten sie jedoch nicht bezeichnet werden, da wesentliche Oppositionspolitiker_innen wie der heutige Außenminister Pierrot Rajaonarivelo an der Teilnahme gehindert wurden und Ravalomananas machtpolitisches, mediales und ökonomisches Gewicht zudem extrem erdrückend war.

Kandidaten für den Neuanfang? Versuch einer Wahlprognose

Trotz aller Unwägbarkeiten soll hier eine Prognose der Wahl (wenn sie denn unter regulären Bedingungen stattfinden sollte) gewagt werden. Die letzten landesweiten Wahlen fanden 2006 und 2007 statt. Seither bemisst sich die Stärke der politischen Formationen nicht mehr an den Ergebnissen der Wahlurne. Vertrauenswürdige, repräsentative Umfragen gibt es nicht. Traditionelle Stammwählerschaften sind nur schwer auszumachen. Der Mikrokosmos der Hauptstadt, in der sich faktisch das gesamte politische Leben abspielt, hat zudem wenig zu tun mit den Verhältnissen in der *brousse*, in der fernab der großen Provinzstädte immer noch die Hälfte der Bevölkerung lebt. Wahlentscheidende Faktoren sind Bekanntheit, ethnische, religiöse und regionale Loyalitäten sowie die finanziellen Möglichkeiten, in der großen Breite des Landes eine Wahlkampagne führen zu können. Die Kombination aus Interessen und Wertehaltungen, wie sie für westeuropäische Demokratien vorherrschend ist, ist weitestgehend irrelevant. Kein Kandidat gibt sich als Vertreter einer bestimmten Interessensgruppe zu erkennen. Kaum ein Kandidat führt eine spezifische Weltanschauung ins Feld.

Von den 41 zugelassenen Kandidat_innen sind nur ca. zwölf bis 15 politisch relevant. Nicht mehr als sieben sind auch in der Lage, aufgrund der oben genannten Wahlfaktoren eine erfolgreiche Kampagne zu führen. Das ist gemessen an historischen Zahlen allerdings eine hohe Zahl. Auf die sieben Kandidat_innen soll im Folgenden kurz eingegangen werden.

Andry Rajoelina (TGV)

Über große Popularität verfügt der ehemalige Disk Jockey und heutige Transitionspräsident nicht mehr. Langjährige Weggefährten wie Vizepremier Hajo Andrianainarivelo sind von ihm abgerückt. Verbündete wie Expremier Camille Vital und der Antananariver Bürgermeister Edgar Razafindravahy sind gekränkt. Frankreich als Rückendeckung fällt zudem aus. Trotzdem stehen ihm der angehäufte Reichtum, ein privates Medienimperium sowie der zum Propagandainstrument herabgewürdigte Staatsrundfunk zur Verfügung. Die Vorkampagne, in der der Transitionschef unter großem Medienzirkus über die Insel zieht, lässt wenig Hoffnung darauf aufkommen, dass er sich alsbald aus dem politischen Betrieb zurückzieht.

Lalao Ravalomanana (Mouvance Ravalomanana, TIM)

Während der Präsidentschaft ihres Mannes ist Lalao Ravalomanana politisch kaum aufgefallen. Ihre Kandidatur ist de facto die des Expräsidenten. Im Unterschied zu den meisten anderen Kandidat_innen scheint sie jedoch

über eine Strategie zu verfügen, die verfangen könnte. Sie konzentriert sich ganz auf die Gläubigen der nationalmadagassischen FJKM-Kirche, der 20 bis 30 Prozent der Wähler_innen angehören, darunter große Teile der einflussreichen Merina-Eliten. Schon Marc Ravalomanana hat in der Rolle des christlichen Hoffnungsträgers reüssiert.

Didier Ratsiraka (AREMA)

Der Altdiktator ist nach Jahren des Exils in Paris wieder zurückgekehrt. Arg gebrechlich zwar. Seine geistige Brillanz bleibt allerdings ungebrochen. Der hochintelligente Ratsiraka spielt ein doppeltes Spiel. Er lehnt die *feuille de route* und die Wahlen ab und tritt doch als Kandidat an. Als einer der Hauptverantwortlichen für den jahrzehntelangen Niedergang der Inselrepublik war er 2009 am Putsch gegen seinen Intimfeind Ravalomanana führend beteiligt. Es ist auch heute davon auszugehen, dass er versucht, hinter den Kulissen die Fäden zu ziehen. Am liebsten wäre er das Oberhaupt einer neuerlichen Transition.

Pierrot Rajaonarivelo (MDM)

Ratsirakas ehemalige rechte Hand ist im seit 2011 bestehenden Kabinett Außenminister. Obwohl seine Rolle in der Vergangenheit sehr umstritten ist, verfügt er über glänzende Kontakte in der internationalen Gemeinschaft. 2006 war er Ravalomananas stärkster Gegner und wurde als solcher an einer Kandidatur gehindert. Nun hat er einen Wahlkampfapparat mit Stützpunkten auf der ganzen Insel aufgebaut. Ein Wahlsieg wäre ihm zuzutrauen. Ein neues Gesicht sieht allerdings anders aus.

Roland Ratsiraka (MTS)

Der Drittplatzierte der Präsidentschaftswahlen 2006 hat seine politische Basis in der großen Ostprovinz um die Hafenstadt Tamatave. Dort war der Neffe Didier Ratsirakas' lange Zeit Bürgermeister, bis ihn Ravalomanana absetzen ließ. Ähnlich wie Pierrot Rajaonarivelo pflegt er eine Intimfeindschaft zum exilierten Expräsidenten, hat seine anfängliche Komplizenschaft mit dem Transitionschef jedoch hinter sich gelassen. Seine größte Herausforderung besteht darin, über die Hauptstadt und seine heimatliche Ostprovinz hinaus Wähler_innen zu mobilisieren.

Sahara Georget Rabeharisoa (PartiVert)

Sahara Georget von der Grünen Partei Madagaskars ist eine der wenigen echten politischen Newcomer. Anders als die meisten verfügt sie über ein konkret ausgestaltetes Wahlprogramm. In vier Jahren hat sie es vermocht, eine Anhängerschaft über die Hauptstadt hinaus aufzubauen. Ob sie jedoch im Kampf gegen die alteingesessenen Schwergewichte wird bestehen können, ist ungewiss. Da sie im Unterschied zu vielen anderen Kandidat_innen nicht über eigene Medien verfügt, wird ihre propagandistische Durchschlagskraft leiden.

Hajo Andrianainarivelo (unabhängig)

Ursprünglich wollte der Vizepremierminister als Kandidat der Präsidentenpartei TGV antreten. Obwohl er einer der Hauptführer des 2009er Volksaufstandes, der letztlich zum Putsch führte, war, ist er dem Transitionspräsidenten zuletzt zu unbequem geworden. Für eine eigene Kampagne ist er finanziell und medial gut ausgestattet, hat jedoch beim Aufbau einer Wahlkampfmaschine Defizite. Seine Distanzierung von Rajoelina hat zu keiner Annäherung an Ravalomanana geführt.

Sollte die Wahl tatsächlich unter relativ fairen Bedingungen ausgetragen werden, hätte Lalao Ravalomanana voraussichtlich die besten Chancen, einen der beiden Plätze zu ergattern, die zum Einzug in die Stichwahl berechtigen. Anders als Rajoelina hat sie im eigenen Lager keinen ernstzunehmenden Konkurrenten. Die Präsidentschaft ihres Mannes erscheint nach den katastrophalen Jahren der Transition zudem in einem milderen Licht. Es könnte sich ebenso bezahlt machen, dass ihr Ehemann über die Jahre den Kontakt zu seinen Anhängern gehalten hat, die sich nun für seine Frau mobilisieren ließen. Überdies verfügt er über Geld, Medienmacht und die implizite Unterstützung der Amerikaner, die ihn bis heute nicht haben fallen lassen. Die offene Unterstützung durch die mächtige FJKM-Kirche zählt überdies viel in einem Land, in dem die Religion für viele der letzte Rettungsanker in einer sich auflösenden Gesellschaft darstellt.

Der zweite Kandidat für die Stichwahl ist dagegen völlig offen. Es steht zu erwarten, dass mehrere Kandidat_innen zwischen zehn und 15 Prozent erzielen können. Der Gegenkandidat von Frau Ravalomanana hätte dann gute Chancen, zur Präsidentschaft zu gelangen. Die Verhinderung einer erneuten Ära Ravalomanana ist nämlich einer der wenigen Faktoren, der Konsens innerhalb des politischen Systems erzeugt. Die Angst vor der Rückkehr des weithin als rachsüchtig eingeschätzten Expräsidenten schweißt die politische Klasse zudem mit der Armeeführung zusammen, die fürchtet, sich für den Putsch von 2009 verantworten zu müssen. Ob das Volk hier mitspielt, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Tatsache ist, dass ein Sieg Lalao Ravalomananas bereits am Tag danach erhebliche Auswirkungen auf die politische Stabilität hätte. Es gibt zu viele Kräfte, die alles daran setzen würden, eine erneute Präsidentschaft Ravalomananas mit allen Mitteln zu verhindern.

Von der Schwierigkeit der Demokratie auf Madagaskar

Die Bedingungen für eine funktionierende Demokratie könnten auf Madagaskar nicht schlechter sein. Nach neuesten Erkenntnissen der Weltbank leben mittlerweile 92 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.[5] Im Jahr vor der Krise waren es »nur« 68 Prozent. Über 70 Prozent der Menschen sind weiterhin auf dem Lande ansässig. Fast 80 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Subsistenzlandwirtschaft. 90 Prozent aller Menschen sind im informellen Sektor ohne jede soziale Absicherung tätig. Die Analphabetenrate liegt bei 30 Prozent – Tendenz zuletzt wieder steigend. Der Bildungs- und Gesundheitssektor ist außerhalb der großen Städte in Agonie begriffen. Die Bevölkerung ist eine der jüngsten der Welt, die Infrastruktur des Landes in einem bedauernswerten Zustand. Nach viereinhalb Jahren Sanktionen der Gebergemeinschaft und Ausbeutung durch eine nur an persönlicher Bereicherung interessierte politische Klasse steht Madagaskar ökonomisch am Abgrund. Das soziale Elend hat Zustände erreicht, wie sie auch in der Geschichte dieses gebeutelten Landes nie zuvor gesehen waren. Unter diesen Umständen eine Wahl durchführen zu wollen, der man ehrlicherweise das Etikett demokratisch anheften wollte, ist eine Herausforderung der besonderen Art. Realistisch betrachtet, ist eine große Mehrheit der Bevölkerung politisch unmündig. Es muss davon ausgegangen werden, dass derjenige die Wahlen gewinnen wird, der seine ökonomische und mediale Macht am intelligentesten einsetzt. Wie bereits in der Vergangenheit wird dabei der Ausgabe von T-Shirts und von Reisrationen eine entscheidende Rolle zukommen. Die Erfordernisse des täglichen Überlebenskampfes reduzieren die politische Präferenz vieler Wähler_innen auf den unmittelbaren Vorteil, den ihnen dieser oder jener Politiker verschafft.

Die Abhaltung einer regulären Wahl, die national und international Legitimität erführe, ist nur ein Szenario unter vielen. Es ist das optimistischste, aber leider nicht das wahrscheinlichste. Wahrscheinlicher ist, dass der politische Ausnahmezustand andauert. Das kann über eine manipulierte Wahl geschehen oder über eine ausgehandelte Verlängerung der Transition. Die Frage, wie lange dieser Zustand andauern kann, ist heute aktueller denn je.

Weitere Kriseneskalation: Madagaskar gefangen im *Etat sauvage*[6]

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Lage über den fast schon normalen Krisenzustand hinaus eskaliert, steigt. Die Lebensbedingungen der Menschen haben sich katastrophal verschlechtert. Das gilt nicht nur für die breite, ohnehin verarmte Bevölkerung, sondern auch für die schwindende Mittelschicht, die kaum noch ein Bein auf den Boden bekommt. Madagaskar erlebt gegenwärtig einen Dreiklang aus fortschreitendem Zerfall der Staatlichkeit, einer Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung und einer in dieser Intensität nie dagewesenen sozialen und ökonomischen Verelendung. Sollte es nicht gelingen, zu einer mit minimaler Legitimität ausgestatteten, handlungsfähigen politischen Führung zurückzufinden, die es als ihr Mandat versteht, für eine Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Staatsfunktionen zu sorgen, riskiert Madagaskar einen weiteren Absturz.

5. Banque Mondiale: Pour un dialogue sur les enjeux de développement, Juni 2013.

6. Der Begriff des »Etat sauvage« wurde vom ehemaligen Vizepräsidenten des Internationalen Gerichtshofs, Raymond Ranjeva, in die madagassische Diskussion eingeführt. Bezugnehmend auf den Naturzustand im Sinne von Thomas Hobbes (»Leviathan«) wird ein zerfallendes Gemeinwesen beschrieben, in dem nur noch das Recht des Stärkeren gilt.

Das Gift der völligen Willkürherrschaft – in der madagassischen Debatte als »Etat sauvage« bezeichnet[7] – hat sich in den Jahren der Transition von ganz oben nach unten durchgefressen. Wenn Recht und Gesetz für die oben nicht mehr gelten, dann schwindet auch unten die Bereitschaft, sich an verbindliche Regeln zu halten. Zumal der Überlebenskampf härter wird, je weiter man in die Tiefen der Gesellschaft hinabsteigt. Die Kriminalität erreicht im eigentlich lange als sicher geltenden Madagaskar neue Gewaltdimensionen. Im traditionell unsicheren und staatsfernen Süden herrscht bereits heute ein Zustand des Staatszerfalls. Dort tobt ein Krieg zwischen Armee und vermeintlichen Viehdieben, wobei längst der Überblick darüber, wer wirklich auf welcher Seite und gegen wen kämpft, verloren gegangen ist. Ganze Dörfer werden dabei ausradiert.[8] Das lukrative Geschäft des Rinderschmuggels im großen Stil kann jedenfalls nicht von primitiven Viehdieben bewerkstelligt werden, auch nicht von der schon legendären Figur des *Remenabila*. Die Profiteure sitzen wie beim Schmuggel mit Edelhölzern ganz oben im Staatsapparat.

Die Gefahr besteht, dass es zu einer weiteren Erosion rechtlich gebundener staatlicher Macht kommt. Der Herrschaft des Transitionsregimes wird die Legitimität zunehmend abgesprochen. Der Transitionspräsident selbst verliert in erschreckendem Ausmaße an Verbündeten. Sollte er fallen, ist es unklar, wer die politische Macht ausüben könnte. Zu zerstritten ist die politische Elite, zu sehr steckt der Wahlprozess in einer Sackgasse. Die Gefahr drohender Anarchie ist nicht leichtfertig von der Hand zu weisen.

Neue Hoffnungsträger? Armee und Volk

Gegen eine weitere Eskalation stünden vielleicht noch Armee und Bevölkerung als Akteure außerhalb des politischen Systems. Doch die Hoffnung erscheint trügerisch. Die Armee ist weit davon entfernt, das ägyptische Szenario zu wiederholen. Es fehlt ihr nicht nur an politischer Mission, sondern auch an Disziplin und innerer Einheit. Sie ist das Spiegelbild der politischen Klasse und als solche unfähig, klare Verhältnisse oder gar eine Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaat zu erzwingen. Die Bevölkerung dagegen ist gefangen in einer Verelendungsspirale. Der Kampf ums tägliche Überleben ist für die große Mehrheit Realität. Organisierte soziale Bewegungen, die politischen Wandel erzwingen könnten, gibt es mit Ausnahme der Kirchen nicht. Zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse bleiben bis auf wenige Ausnahmen schwach.[9] Was bleibt, ist ein anschwellendes Mobilisierungspotenzial innerhalb eines politisch nicht bewussten Lumpenproletariats, das freilich von jedem gekauft werden kann, der über die Mittel dazu verfügt. Dass die politische Machtprobe wieder einmal über die Straße ausgetragen wird, wird immer wahrscheinlicher. Das bedeutet auch die Gefahr erneuter Gewaltausbrüche wie schon 2002 und 2009. Viel Grund für Hoffnung auf Demokratie und ein Ende des Elends besteht derzeit nicht.

7. Midi Madagasikara: Action contre l'Etat sauvage. 12 entités derrière le Prof. Raymond Ranjeva, 20. März 2013.

8. Amnesty International: Madagascar must end mass killings and investigate security forces, 20. November 2012.

9. Ob eine über die digitalen Medien konstituierte Protestbewegung wie Wake Up Madagascar zu einer realen politischen Kraft wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar: https://www.facebook.com/wakeupmada.

Über den Autor

Marcus Schneider ist seit 2012 Regionalberater im Südlichen Afrika und betreut das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madagaskar.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Manfred Öhm, Leiter des Referats Afrika

Tel.: ++49-30-26935-7441 | Fax: ++49-30-26935-9217
http://www.fes.de/afrika

Bestellungen/Kontakt hier:
konstanze.lipfert@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

EFQM
Committed to excellence

ISBN 978-3-86498-629-1